STADT BIELEFELD
- Bezirksvertretung Schildesche -

Sitzung Nr. BVSchi/037/ 2025

Niederschrift

über die 37. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 16.01.2025

Tagungsort:	Kleine Mensa der Martin-Niemöller-Gesamtschule
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	20:00 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Kuhlmann	Fraktionsvorsitz
Frau Weber	
Herr Weber	

SPD

Herr Benesch	Fraktionsvorsitz
Frau Peppmöller-Hilker	
Herr Schäfers	
Frau Schönrock-Beckmann	

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Flöttmann	
Herr Grätschus	
Herr Grün	Vorsitz
Frau Wegner	Fraktionsvorsitz

Die Linke

Herr Adolph	Fraktionsvorsitz
Herr Dr. Hawerkamp	

FDP

Herr Spalek

Von der Verwaltung/Gäste:

Herr Voss, Amt für Verkehr	TOP 8
Frau Choryan, Amt für Verkehr	TOP 11
Herr Vahrson, Amt für Verkehr und Herr Klassen, Stadtwerke	TOP 21
Herr Hansen, Bezirksamt Jöllenbeck	
Frau Knoll-Meier, Bezirksamt Jöllenbeck, Schriftführung	

Entschuldigt fehlen:
Herr Meyer (CDU)
Herr Dr. Horstmann (B 90/Die Grünen)
Frau Ostwald (AfD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Bezirksbürgermeister Grün eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgemäße Einladung zur 37. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 16.1.2025 sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Sodann erklärt er, die TOPs 7, 8, 11, 12 und 21 vorzuziehen. Die BV stimmt einstimmig zu.

Herr Benesch (SPD) beantragt für die TOPs 9 und 10 die 2. Lesung.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Schildesche

Zu Punkt 1.1 Einwohnerfrage: Glas- und Kleidercontainer auf dem Marktplatz

Der Einwohner stellt folgende Frage: Im Zuge der vorbereitenden Maßnahmen für die geplante Bebauung des Marktplatzes in Schildesche ist die Zahl der Glas- und Kleidercontainer stark reduziert worden. Sie stehen jetzt (ungünstig) an der Beckhausstraße.

Wer hat das zu verantworten? Es seien jetzt zu wenig Container. Wie sieht die Planung hier aus?

Herr Bezirksbürgermeister Grün sagt zu, diese Frage an die Fachverwaltung weiterzuleiten.

-.-.-

Zu Punkt 1.2 Einwohnerfrage: Zustand Kanalissation Beckhausstraße Höhe Marktplatz

Der Einwohner stellt folgende Frage: Die Kanalisation an der Beckhausstraße kann nicht das abfließende Wasser des Marktplatzes in Schildesche aufnehmen, Der Einwohner bittet um Abhilfe.

Herr Bezirksbürgermeister Grün sagt zu, diese Anregung weiterzugeben.

-.-.-

Zu Punkt 1.3 Einwohnerfrage: Verlängerung der Straßenbahn Richtung Jöllenbeck

Der Einwohner stellt folgende Frage: Ist bei der Planung der Verlängerung der Straßenbahn Richtung Jöllenbeck eine einspurige/eingleisige Variante

mit in die Überlegung einbezogen worden? Dadurch könne viel Platz gespart werden.

Herr Bezirksbürgermeister Grün sagt zu, diese Anregung an das Amt für Verkehr weiterzuleiten.

-.-.-

Zu Punkt 1.4 **Einwohnerfrage: Tempo 30 in der Deciusstraße**

Der Einwohner regt an, in der Deciusstraße Tempo 30 einzurichten.

Er nennt zahleiche Beispiele für mehr oder weniger gefährliche Ausweichmanöver auf und neben der Fahrbahn. Häufig fahren PKW dabei auf dem Bürgersteig, teilweise sogar mit allen vier Rädern.

Radfahrer fahren auf dem Gehweg und gefährden Fußgänger. Der Gehweg ist hier kein Radweg, sondern nur „für Radfahrer frei“. Es gebe stark verblichene Radwegmarkierungen.

Für viele Kinder sei die Straße ein Schulweg.

Der Einwohner weist auf eine Mitteilung des ADAC hin, wonach Tempo 30 Zonen leichter einführbar seien: „Kommunale Verkehrsbehörden können Busspuren, Radwege und Flächen für den Fußverkehr jetzt leichter einrichten – sowie Tempo-30-Strecken etwa entlang viele befahrener Schulwege oder rund um Spielplätze. Außerdem ist es möglich, zwei Tempo-30-Zonen miteinander zu verbinden, wenn nicht mehr als 500 Meter zwischen ihnen liegen. Das soll den Verkehrsfluss verbessern.“
https://www.adac.de/verkehr/recht/verkehrsvorschriften-deutschland/strassenverkehrsgesetz-aenderungen/

Herr Bezirksbürgermeister Grün sagt zu, die Frage an das Amt für Verkehr mit der Bitte um Antwort weiterzuleiten.

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 36. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 28.11.2024**

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 36. Sitzung am 18.11.2024 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3 Mitteilungen

3.1 Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung „Wohnen an der nordwestlichen Stapelbrede“

Der Unterrichtungs- und Erörterungstermin zum B-Plan „Wohnen an der nordwestlichen Stapelbrede“ findet am

Donnerstag, **30.1.2025**, 18:00 Uhr in der Kleinen Mensa der MNG statt.

3.2 Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung „BRIC“

Der Unterrichtungs- und Erörterungstermin zum B-Plan „Forschungs- und Bürogebäude Kurt-Schumacher-Straße/Ecke Voltmannstraße Universität - BRIC“ findet am

Donnerstag, **13.2.2025**, 18:00 Uhr in der Kleinen Mensa der MNG statt.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Ersatzparkplätze (Interim) für weggefallene P&R-Plätze in Schildesche (Anfrage der CDU-Fraktion vom 24.10.2024)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8952/2020-2025

Der vollständige Text der Anfrage und die Antwort sind im Informationssystem einsehbar.

Die BV nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Aufwertung Spielplatz am Meierteich (gem. Anfrage der Fraktionen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen v. 14.11.2024)

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9106/2020-2025

Die Anfrage erinnert daran, dass der Spielplatz Meierteich aufgewertet werden sollte.

Der vollständige Text der Anfrage und die Antwort sind im Informationssystem einsehbar.

Die BV nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.3 **Einrichtung eingezäunter Hundewiesen im Stadtteil Schildesche (Anfrage der SPD-Fraktion v. 06.01.2025)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9329/2020-2025

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 4.4 **Erdaushub im Rahmen der Baumaßnahme an der Martin-Niemöller-Gesamtschule (gem. Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke v. 06.01.2025)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9345/2020-2025

Der vollständige Text der Anfrage und die Antwort sind im Informationssystem einsehbar.

Die BV nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.5 **Anfrage zur Verbesserung der Wegebeschaffenheit im Bultkamp- und Gellershagenpark (gem. Anfrage der Fraktionen SPD, Die Linke und B 90/Die Grünen vom 7.1.2025)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9360/2020-2025

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 4.6 **Anfrage zur Baumaßnahme Jöllenbecker Straße - Parkplätze (gem. Anfrage der Fraktionen SPD, Die Linke und B 90/Die Grünen vom 7.1.2025)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9361/2020-2025

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 4.7 **Verkehrssituation an der Sudbrackstraße im Bereich Grünanlage Meierteich/Straße Am Feuerholz (Anfrage der Fraktionen Die Linke und SPD v. 09.01.2025)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9376/2020-2025

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 4.8 **Anfrage zum Rundweg am Bracksiekteich (Anfrage der CDU-Fraktion vom 9.1.2025)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9383/2020-2025

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 4.9 **Anfrage zur WLAN-Abdeckung in Schildesche (Anfrage der CDU-Fraktion v. 09.01.2025)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9384/2020-2025

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 4.10 **Anfrage zur LED-Beleuchtung in Schulen im Stadtbezirk Schildesche (Anfrage der CDU-Fraktion v. 09.01.2025)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9386/2020-2025

Die Fachverwaltung erklärt, dass generell alte Beleuchtungsanlagen bei Defekten durch neue LED-Beleuchtung ersetzt wird.

Die Anfrage und der vollständige Text der Antwort ist im Informationssystem einsehbar.

Die BV nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anträge**

Zu Punkt 5.1 **Wegeverbindung "Am Pfarracker" zu "Im Bracksiek" Richtung Media Markt (gem. Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke v. 06.01.2025)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9340/2020-2025

Ohne weitere Aussprache fasst die BV folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, die Wegeverbindung “Am Pfarracker” zu “Im Bracksiek” Richtung Media Markt und Schenke in den Winterräumdienst des UWB aufzunehmen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6 **Vorstellung der neuen Bezirkspolizistin Claudia Stiller im Stadtbezirk Schildesche**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Frau Stiller ist verhindert und plant, in die Februar-Sitzung zu kommen.

-.-.-

Zu Punkt 7 **Vorstellung der neuen Schulleitung Ulrike Stukemeier der Sudbrackschule**

Frau Ulrike Stukemeier stellt sich vor. Sie leitet seit dem neuen Schuljahr 2024 die Sudbrackschule

Frau Stukemeier spricht folgende Themen an:

- Schulstraße
- Toilettenproblematik
- Kinderparlament – Fahrt zum Landesparlament nach Düsseldorf

Herr Adolph (Die Linke) greift das Problem der Toiletten auf, das auch an anderen Schulen besteht.

-.-.-

Zu Punkt 8 **Umsetzung Mobilitätsstrategie hier: Erstellung einer Machbarkeitsstudie für Stadtbahnverlängerungen Bielefelder Norden**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8765/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Grün begrüßt Herrn Patrick Voss vom Amt für Verkehr.

Herr Voss stellt die Präsentation vor, die Bestandteil der Niederschrift ist.

Herr Voss erklärt, warum eine neue Machbarkeitsuntersuchung vorgenommen wird. Dies hänge zum einen mit veränderten Rahmenbedingungen zusammen (die Bevölkerungszahl sei entgegen früherer Annahmen gestiegen statt gesunken). Außerdem haben sich die Vorgaben zur Förderfähigkeit für Bundesfördermittel geändert. Diese Mittel werden unbedingt für den Ausbau benötigt.

Bei Fertigung der Machbarkeitsuntersuchung wird besonderer Wert auf die Beteiligung der Öffentlichkeit gelegt.

Auf die Frage von Herrn Spalek (FDP) nach Änderungen der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung erklärt Herr Voss, dass sich die Vorgaben für die Erstellung einer Nutzen-Kosten-Analyse geändert haben. Beispielsweise sind nun auch Lebenszyklus-Emissionen von Fahrzeugen und Infrastruktur einzubeziehen.

Herr Kuhlmann (CDU) ist irritiert, dass der StEA bereits vor der BV Schildesche die Vorlage beschlossen habe. Das Stadtgebiet Schildesche sei von allen drei Verlängerungsmöglichkeiten betroffen.

Herr Voss erläutert, dass im Rahmen der Machbarkeitsuntersuchung mögliche Verknüpfungen mit Haltepunkten des Konzeptes S-Bahnnetz OWL 2040 betrachtet werden. Sollten dabei Höhenunterschiede überbrückt werden müssen (Beispiel Viadukt), werde das Gutachterbüro prüfen, ob eine wirtschaftliche Lösung gefunden werden könne. Dabei werde darauf geachtet, dass technisch unmögliche Anforderungen unberücksichtigt bleiben.

Herr Weber (CDU) weist noch einmal auf die zahlreichen Machbarkeitsuntersuchungen der Vergangenheit hin, die auch unter großer Beteiligung der Öffentlichkeit entstanden sind und fragt, warum diese Ergebnisse hier nicht eingeflossen seien. Unter anderem erinnert er an das Ergebnis, dass die Tunnelkapazitäten nicht ausreichend seien.

Bei durchzuführenden Öffentlichkeitsveranstaltungen regt er an, diese kostensparend in Schulaulen o.ä. durchzuführen.

Sinnvoll sei die Untersuchung, wie die Linien 3 und 4 verbunden werden können.

Herr Benesch (SPD) weist daraufhin, dass die erneute Wirtschaftlichkeitsuntersuchung für die Akquirierung der Fördermittel notwendig sei.

Herr Grätschus (B 90/Die Grünen) greift das Thema „Knotenpunkt Jahnplatz“ auf und fragt nach möglichen Lösungen. Herr Voss erklärt, dass eine Untersuchung des Jahnplatzes nicht vorgesehener Teil dieser Machbarkeitsuntersuchung sei.

Herr Bezirksbürgermeister Grün lässt über die Vorlage abstimmen und bedankt sich bei Herrn Voss für die Erläuterungen.

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche empfiehlt, der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Machbarkeitsuntersuchung zur Erweiterung des Stadtbahnnetzes in Richtung Norden in Zusammenarbeit mit moBiel und einem externen Gutachter zu erarbeiten.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Erstellung der Machbarkeitsstudie ein Partizipationsverfahren in Anlehnung an die Beteiligungsformate der Machbarkeitsuntersuchung zur Stadtbahnverlängerung in Richtung Hillegossen zu konzipieren und durchzuführen.

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

Zustimmung: 9
Ablehnung: 4
Enthaltung: 1

-.-.-

Zu Punkt 9 Neuordnung der Parkraumbewirtschaftungszonen

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 4129/2020-2025

Die BV spricht sich einstimmig für den Antrag von Herrn Benesch (SPD) auf die **2. Lesung** aus.

-.-.-

Zu Punkt 10 Neue Stellplatzsatzung für die Stadt Bielefeld; Aufteilung des Stadtgebiets in Zonen

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8931/2020-2025

Die BV spricht sich einstimmig für den Antrag von Herrn Benesch (SPD) auf die **2. Lesung** aus.

-.-.-

Zu Punkt 11 **Machbarkeitsstudie Radverbindung zwischen Innenstadt und Campus**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 8445/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Grün begrüßt Frau Choryan, Amt für Verkehr.

Frau Choryan stellt anhand einer Präsentation die Entwicklungen vor, die sich seit der ersten Vorlage ergeben und zur Erstellung der Nachtragsvorlage geführt haben. Die Präsentation ist Bestandteil der Niederschrift.

Herr Kuhlmann (CDU) betont die Wichtigkeit der durchgeführten Dialogveranstaltung, weil die Bürgerinnen und Bürger wichtige Änderungen angeregt haben.

Herr Kuhlmann begrüßt den Wegfall der ursprünglich geplanten Einbahnstraßenregelung in der Kurt-Schumacher-Straße (KSS) und befürwortet eine direkte Verbindung für Fahrradfahrende von der Melanchtonstraße zur KSS, weil die bisher geplante Verbindung über die Stapenhorststraße einen Umweg bedeute und damit unrealistisch sei.

Er spricht sich dagegen aus, dass die Wertherstraße als Hauptroute Kategorie II aufgenommen werde, da dies den Wegfall von Parkplätzen und eventuell die Einrichtung einer Einbahnstraße nach sich ziehen könnte.

Für die spätere Abstimmung beantragt Herr Kuhlmann eine getrennte Abstimmung der Punkte des Beschlussvorschlags 1,3,4,5 und Punkt 2.

Herr Benesch (SPD) begrüßt sehr, Veranstaltungen mit Bürgerinnen und Bürgern durchzuführen, wie es hier auch geschehen sei, um wichtige Anregungen auf diesem Weg zu erhalten und ggf. umzusetzen. Er weist daraufhin, dass die Wertherstraße derzeit noch nicht zur Debatte stehe.

Herr Weber (CDU) erklärt, dass dies in der Vorlage stehe.

Frau Choryan präzisiert, dass keine Einbahnstraßenregelung für die Wertherstraße geplant sei, da hier auch Busse fahren. Überlegt werde, in einem Bereich eine 30er-Zone einzurichten.

Herr Adolph (Die Linke) möchte den Grünzug als Naherholungsgebiet für Schülerinnen und Schüler und die Bevölkerung erhalten und nicht durch zahlreiche Fahrradfahrende gestört sehen. Er schlägt eine Verbindung vor, die von der Schüco-Arena gleich auf den Weg führt, der links von der Bültmannhofschule auf die KSS führt. So blieben Parkplätze erhalten, Fahrradfahrende kommen schnell zur KSS und streifen nur den Grünzug.

Frau Wegner (B 90/Die Grünen) spricht sich gegen eine Radroute durch den Grünzug aus. Es dürfen keine Bäume wegfallen, das Gebiet müsse

als Naherholungsgebiet erhalten bleiben.

Sie schlägt eine Änderung der Fraktionen B 90/Die Grünen, Die Linke und SPD des Beschlussvorschlags Punkt 2 b durch folgende Formulierung vor:

2b: Die Führung von der Melanchtonstraße zur Kurt- Schumacher- Straße wird in zwei Varianten ohne vorherige Priorisierung untersucht:

1. über die Melanchtonstraße und Stapenhorststraße
2. die Führung entlang der Schüco- Arena und durch den Grünzug

Dazu werden für die jeweilige Variante geprüft:

- Einschränkungen und Beeinträchtigungen für die Schüler*innen der drei Schulen (Schulweg, Pausen) sowie anderer Fußgänger*innen
- Kosten für die Erstellung der Verkehrsführung sowie die Erhaltung und Pflege (Laub, Schnee, Glatteis)

Herr Weber (CDU) sieht nicht, dass es möglich sei, Fahrradfahrende aus dem Grünzug fernzuhalten und überlegt, dass es stattdessen möglich sein müsse, dass alle Verkehrsteilnehmer mehr Rücksicht aufeinander nehmen.

Frau Wegner stimmt dem Gedanken zu, gibt aber zu bedenken, dass ein Fahrradweg, der als Hauptroute der Kategorie I durch einen Grünzug führt, die Fahrradfahrenden berechtigt, bevorzugt unterwegs zu sein. Rücksichtnahme sei da nicht zu erwarten.

Herr Spalek (FDP) erklärt, dass seine Partei der Vorlage nicht zustimmen könne, da zu viel Parkplätze vor allem im Innenstadtbereich wegfallen würden.

Herr Bezirksbürgermeister Grün bedankt sich bei Frau Choryan für ihren Besuch und die Ausführungen. Sodann lässt er zunächst über den Änderungsantrag zu 2 b, dann über die Punkte 1, 3, 4, 5 und anschließend über Punkt 2 mit dem geänderten Punkt 2 b abstimmen.

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung, Schildesche empfiehlt, der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

1. Die Umsetzungen

   a) der Variante grün in Abschnitt 1 über (Elsa-Brandström-Straße) – Arndtstraße – Meindersstraße – (Wittekindstraße – Rolandstraße) – Melanchthonstraße und

   b) der Variante orange in Abschnitt 2 und 3 über (Stapenhorststraße) und Kurt-Schumacher-Straße

werden entsprechend der definierten Qualitätsstandards weiterverfolgt. Die Maßnahmenvorschläge werden konkretisiert, zur Umsetzung vorbereitet und im Rahmen des Umsetzungskonzeptes zum Radverkehrskonzept abgearbeitet.

2. Dabei werden folgende Planungsprämissen festgelegt:

   a) Die Kurt-Schumacher-Straße bleibt für den Kfz-Verkehr in beide Richtungen befahrbar.

   b) Die Führung von der Melanchtonstraße zur Kurt- Schumacher-Straße wird in zwei Varianten ohne vorherige Priorisierung untersucht:
      3. über die Melanchtonstraße und Stapenhortstraße
      4. die Führung entlang der Schüco- Arena und durch den Grünzug

   Dazu werden für die jeweilige Variante geprüft:

   - *Einschränkungen und Beeinträchtigungen für die Schüler*innen der drei Schulen (Schulweg, Pausen) sowie anderer Fußgänger*innen*
   - *Kosten für die Erstellung der Verkehrsführung sowie die Erhaltung und Pflege (Laub, Schnee, Glatteis)*

   c) Die Führung über das Libori-Gelände wird weiterverfolgt.

   d) Die Projektierung eines Quartierparkhauses auf dem Arminia-Gelände wird berücksichtigt und die zu erstellende Planung intensiv mit den entsprechenden Stellen, insbesondere dem Bauamt, dem Amt für Schule und dem DSC Arminia Bielefeld e.V. abgestimmt.

3. Das Hauptroutennetz des Radverkehrskonzeptes wird für den Korridor zwischen Innenstadt und Universität bzw. Hochschule entsprechend der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie aktualisiert: Die Vorzugsvariante (grün und orange) wird als Hauptroute Kategorie I, die Wertherstraße (Variante blau) wird als Hauptroute Kategorie II zusätzlich aufgenommen.

4. Die Erhöhung der Qualität auf den weiteren Hauptrouten für den Radverkehr im Entwicklungskorridor 2 (blau, rot, weitere Teilabschnitte orange und grün) werden, wie im Umsetzungskonzept vorgesehen, weiterverfolgt.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, die hierfür notwendigen Maßnahmen in das Umsetzungskonzept des Radverkehrskonzeptes zu integrieren.

   Getrennte Abstimmung einzelner Punkte:

   Änderungsantrag 2 b: (abweichend vom Beschlussvorschlag)
   Zustimmung: 10
   Ablehnung: 4

1, 3, 4, 5:
Zustimmung: 10
Ablehnung: 4

2 (2 b geändert):
Zustimmung: 13
Ablehnung: 1

-.-.-

Zu Punkt 12 **Bebauungsplan Nr. II/2/27.02 „Feuerwehrgerätehaus Schildesche an der Westerfeldstraße“ und 268. Änderung des Flächennutzungsplanes „Feuerwehrgerätehaus Schildesche an der Westerfeldstraße“**

- Stadtbezirk Schildesche -

Entwurfs- und Veröffentlichungsbeschlüsse

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9140/2020-2025

Herr Kuhlmann (CDU) begrüßt die heutige Beschlussvorlage mit dem Entwurfsbeschluss und spricht sich für die Ausführungen aus, die im Wesentlichen dem Aufstellungsbeschluss entsprechen. Er befürwortet die Erweiterung des Bereichs um 5 Meter, um eine Hecke zu pflanzen, die eine bessere Einbindung ins Landschaftsbild ermöglicht.

Der Rat habe sich in seiner Dezembersitzung ebenfalls für die Baumaßnahme ausgesprochen, so dass die finanzielle Absicherung besteht.

Zurzeit steht noch ein Baum an der Westerfeldstraße, der den Ein- und Ausfahrbereich der Feuerwehr stören könnte. Dies müsse noch geprüft werden, ob dieser Baum zugunsten der Sicherheit doch noch gefällt werden müsse.

Herr Adolph (Die Linke) bittet um Mitteilung, ob die Betreiberinnen und Betreiber der Parzellen, die für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses weichen müssen, in der Zwischenzeit angeschrieben wurden. Er spricht sich wie die Fraktionen SPD, B 90/Die Grünen und des Vertreters der FDP für die Vorlage aus.

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche empfiehlt/der Stadtentwicklungsausschuss beschließt:

1. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. II/2/27.02 „Feuerwehrgerätehaus Schildesche an der Westerfeldstraße“ wird nach Westen um ein fünf Meter breites Teilstück erweitert. Für die genauen Grenzen des Plangebiets ist die in der Planzeichnung eingetragene „Grenze des räumlichen Geltungsbereiches“ verbindlich.

2. Der Bebauungsplan Nr. II/2/27.02 „Feuerwehrgerätehaus Schildesche an der Westerfeldstraße“ für eine Teilfläche südlich der Westerfeldstraße, westlich der Stapelbrede 42 und nördlich des Fußweges wird mit dem Text und der Begründung als Entwurf beschlossen.

3. Gleichzeitig wird die 268. Änderung des Flächennutzungsplanes „Feuerwehrgerätehaus Schildesche an der Westerfeldstraße“ im Parallelverfahren laut Änderungsplan und Begründung als Entwurf beschlossen.

4. Die Entwürfe des Bebauungsplanes und der Änderung des Flächennutzungsplanes sind mit den Begründungen und den wesentlichen umweltbezogenen Stellungnahmen für die Dauer eines Monats, mindestens jedoch für die Dauer von 30 Tagen, gemäß § 3 Absatz 2 Satz 1 Baugesetzbuch (BauGB) im Internet zu veröffentlichen. Zusätzlich zur Veröffentlichung im Internet sind die Unterlagen gemäß § 3 Absatz 2 Satz 2 BauGB öffentlich auszulegen. Vor Beginn der Veröffentlichungsfrist hat die ortsübliche öffentliche Bekanntmachung gemäß § 3 Absatz 2 Satz 4 BauGB mit den erforderlichen Angaben und Hinweisen zu erfolgen.

5. Parallel zur Auslegung sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Absatz 2 BauGB zu beteiligen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13 **<u>Regelungen zum Auslagenersatz gem. § 14 Abs. 5 der Hauptsatzung der Stadt Bielefeld</u>**

<u>Beratungsgrundlage:</u>
Drucksachennummer: 9173/2020-2025

Herr Flöttmann (B 90/die Grünen) beantragt, über die Punkte der Beschlussvorlage einzeln abzustimmen. Dabei könne über die Punkte 1, 2 und 3 zusammen abgestimmt werden.

Zu Punkt 4 macht er folgende Anmerkungen:

Die Bezuschussung für die Anschaffung eines digitalen Endgerätes müsse wie bisher bestehen bleiben, da nicht jede/jeder über die notwendigen finanziellen Mittel zum Kauf verfügt.

Außerdem dürfe bei unfreiwilligem Mandatsverzicht (zum Beispiel nach einer Wahl) der Zuschuss nicht zurückverlangt werden. Anders sehe dies bei einem freiwilligen Ausstieg aus.

Beschluss:

Der Rat beschließt gemäß § 14 Abs. 5 der Hauptsatzung der Stadt Bielefeld folgenden Auslagenersatz:

1. Nutzung einer kostenpflichtigen Dauerparkkarte für die Tiefgarage im Neuen Rathaus:
   Für Parkkarten mit einer Nutzungsmöglichkeit von montags bis freitags haben Ratsmitglieder einen Eigenanteil in Höhe von mtl. 20 Euro und bei einer Nutzungsmöglichkeit von montags bis sonntags einen Eigenanteil in Höhe von mtl. 25 Euro zu leisten.

2. Selbstbeschafftes ÖPNV-Ticket:
   Jeder Berechtigte erhält einen monatlichen Zuschuss von 26 Euro.

3. Vergünstigte Ausfahrtickets für die Tiefgarage im Neuen Rathaus:
   Berechtigte können gegen Zahlung von einem Euro ein vergünstigtes Ausfahrticket erwerben.

4. Teilnahme an der papierarmen Gremienarbeit:
   Die bisherige Regelung, Zuschusszahlung von max. 400 Euro über 3 Jahre für die Beschaffung eines digitalen Endgerätes an Berechtigte, wird bis 31.10.2025 (Ende der Wahlperiode 2020-2025) befristet. Bei vorzeitiger Beendigung der Mandatstätigkeit wird der einmalige Zuschuss taggenau abgerechnet.

   Ab 01.11.2025 (Beginn der Wahlperiode 2025-2030) erhalten Berechtigte, beim erklärten Verzicht auf gedruckte Sitzungsunterlagen, einen monatlichen Zuschuss in Höhe von 10 Euro.

getrennte Abstimmung einzelner Punkte:

1, 2, 3:
- einstimmig beschlossen

4:
Zustimmung: 11
Ablehnung: 3

-.-.-

Zu Punkt 14 Schüleranmeldeverfahren an den Grundschulen zum Schuljahr 2025/26; hier: Anmeldezahlen und Festlegung von Aufnahmekapazitäten

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9222/2020-2025

Herr Kuhlmann (CDU) weist am Beispiel Stiftsschule auf die in seinen Augen schlechte Schulentwicklungsplanung hin. Diese Schule sei seit Jahren überlastet. Er vermisse dazu eine perspektivische Einschätzung des Amts für Schule. Auch die neu geplante Grundschule in Gellershagen bzw. der Interimsstandort Gutenbergschule werde keine Entlastung bringen.

Seine Fraktion werde der Vorlage nur aus dem Grund zustimmen, dass die Einschulungen nicht gefährdet werden.

Auch Herr Schäfers (SPD) findet die Entwicklung in der Stiftsschule bedenklich. Der geplante Ausbau der Bebauung in der Straße Stapelbrede und ggf. dadurch steigende Schulkinderzahlen müsse gut beobachtet werden.

Frau Schönrock-Beckmann (SPD) bittet um einen Zwischenstand bezüglich der neu zu bauenden Grundschule Gellershagen.

Herr Bezirksbürgermeister Grün lässt über die Vorlage abstimmen. Die BV fasst folgenden

Beschluss:

1. Die Aufnahmekapazitäten der städtischen Grundschulen werden für das Schuljahr 2025/26 basierend auf den Ergebnissen des Anmeldeverfahrens entsprechend der Anlage 1 inkl. Mehr-/Minderklassen - vorbehaltlich positiver Ergebnisse der Anhörungen der jeweils zuständigen Bezirksvertretungen sowie der jeweiligen Schulkonferenzen - festgelegt.
2. Die Schulkonferenzen der von Zügigkeitsveränderungen betroffenen Schulen sowie die Bezirksvertretungen sind anzuhören.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, unter Berücksichtigung der kommunalen Klassenrichtzahl Änderungen der Festlegung in Abstimmung mit der Schulaufsicht vorzunehmen, wenn die Anmelde- oder Schulsituation dies im weiteren Verfahren erfordern wird.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 15 Stadtteilzentren als lernende Räume – Stärkungskonzept mit drei Vertiefungsräumen

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9230/2020-2025

Ohne weitere Aussprache nimmt die BV die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 16 **Prozessinformation "Wissenstransfer zwischen den Bielefelder Zentren"**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9231/2020-2025

Ohne weitere Aussprache nimmt die BV die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 17 **4. Änderungssatzung zur Sondernutzungssatzung der Stadt Bielefeld vom 13.10.2011 - Herabsetzung der Sondernutzungsgebühren für Veranstaltungen in der Zone 4 auf 25 % des Ansatzes befristet vom 01.01.2025 bis zum 31.12.2026**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9235/2020-2025

Herr Benesch (SPD) spricht sich für eine unbefristete Herabsetzung der Sondernutzungsgebühren aus.

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretungen sowie der Stadtentwicklungsausschuss, der Finanz- und Personalausschuss und der Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss empfehlen dem Rat und der Rat beschließt die als Anlage 1 beigefügte 4. Änderungssatzung zur Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Bielefeld vom 13.10.2011.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 18 **Soziale Infrastruktur im Umfeld der Stapelbrede**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9241/2020-2025

Die BV bezweifelt die ermittelten Zahlen für die Stiftsschule, die so nicht nachvollziehbar seien. Diese Schule sei seit Jahren überlastet. Vor diesem Hintergrund müsse die geplante Nachverdichtung gut beobachtet und begleitet werden, damit die Schule nicht weiter überlastet werde.

Die BV nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 19 **Vergabe von Sondermitteln der Bezirksvertretung Schildesche im Haushaltsjahr 2025**

Herr Flöttmann (B 90/Die Grünen regt an, den Antrag des SCB auf 1.700 Euro für die Ferienspiele 2025 auf 1.000 Euro zu deckeln. Dies entspreche den Gepflogenheiten der BV Schildesche, um möglichst viel Antragsteller in den Genuss der Sondermittel kommen zu lassen.

Herr Kuhlmann (CDU) stimmt grundsätzlich zu, weist aber darauf hin, dass 2025 ein besonderes Jahr ist. Durch die Kommunalwahl im September findet die letzte Sitzung dieser Periode bereits Ende Juni 2025 statt. Die erste ordentliche Sitzung nach den Wahlen werde nicht vor November stattfinden, so dass zu überlegen sei, die Mittel für sinnvolle Anträge im ersten Halbjahr auszugeben.

Da es sich hier durchaus um einen sinnvollen Antrag handelt, beschließt die BV, entsprechend des Antrags 1.700 Euro zu bewilligen.

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Antragsteller	Zuschussobjekt	Summe
SC Bielefeld 04/26	Sommerferienzauber 2025	1.700,00 €

-einstimmig beschlossen-

Zu Punkt 20 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Zu Punkt 20.1 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Erweiterung der Zeiten der Bürgerberatung Schildesche (Antrag 9103/2020-2025 der Fraktionen Die Linke, SPD und B 90/Die Grünen vom 14.11.2024)**

Die BV Schildesche beantragt die Erweiterung der Öffnungszeiten der Bürgerberatung Schildesche um zwei Nachmittage (Montag und Mittwoch).

Das Bürgeramt antwortet, dass eine Änderung am bestehenden Konzept nicht vorgesehen ist.

Der Text des Antrags und die vollständige Antwort des Bürgeramts sind im Informationssystem einsehbar.

-.-.-

Zu Punkt 20.2 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - hier: Pflegeextensive Begrünung des Kreisels Schloßhof-/Drögestraße (Antrag 3199/2020-2025 der CDU-Fraktion vom 17.1.2022**

In der Sitzung am 31.10.2024 sind noch ergänzende Fragen gestellt worden, die von der Fachverwaltung beantwortet wurden. Die Fragen mit den entsprechenden Antworten sind im Informationssystem einsehbar.

-.-.-

Zu Punkt 21 **Leitungsverlegungen in der Jöllenbecker Straße im Bereich zwischen Voltmannstraße bis Apfelstraße in 2025**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 9355/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Grün begrüßt Herrn Vahrson, Amt für Verkehr und Herrn Klassen, Stadtwerke Bielefeld.

Herr Vahrson erklärt zu der Vorlage, dass Ende Januar 2025 zwischen Voltmannstraße und Apfelstraße in einem Zeitraum von ca. 6 Monaten Leitungsverlegungsmaßnahmen beginnen. Es handelt sich dabei um die Verlegung von Leerrohren, durch die zum späteren Zeitpunkt Elektrokabel zur Ertüchtigung des Stromnetzes gezogen werden.

Während der Leitungsverlegungen wird der Individualverkehr weiterhin - teilweise mit Einschränkungen - möglich sein.

Diese Arbeiten sind notwendig und alternativlos und stehen nicht unmittelbar im Zusammenhang mit der Erneuerung der Stadtbahnhochsteige.

Ende 2025 werde der Planfeststellungsbeschluss zum geplanten Umbau für die Ertüchtigung für den Vamos-Einsatz erwartet. 2026 sollen diese Arbeiten durchgeführt werden.

Herr Vahrson erklärte auf die entsprechende Frage von Frau Wegner (B 90/Die Grünen), warum diese Maßnahme nicht zeitgleich mit dem geplanten Umbau zur Ertüchtigung für den Vamos Einsatz geschehe, dass man versuche, diese Baumaßnahme so kurz wie möglich zu gestalten. Während dieser Baumaßnahme könne die Stadtbahn nicht fahren. Deshalb werden vorab die Leitungsarbeiten durchgeführt. Er betont die Notwendigkeit, diese beiden Maßnahmen zu trennen, um eine möglichst kurze Hauptbauzeit und möglichst kurzen Schienenersatzverkehr zu gewährleisten.

Herr Flöttmann (B 90/Die Grünen) und Herr Kuhlmann (CDU) fürchten, dass die Anwohnerinnen und Anwohner schwer verstehen werden, wenn die Jöllenbecker Straße nach ca. einem Dreivierteljahr erneut aufgerissen werde. Es müsse gut kommuniziert werden, dass dies dazu diene, den Ausfall der Stadtbahn auf die kurzmöglichste Zeit zu beschränken.

Herr Kuhlmann weist darauf hin, dass die Umleitungen während der Baumaßnahme über den Horstheider Weg erfolgen werden. Dort sollten dann die Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer angehalten werden, den Hochbord-Fahrradweg zu nutzen.

Wie wird der Wegfall der Parkplätze ausgeglichen? Herr Klassen erklärt, dass die Anwohnerinnen und Anwohner sowie die Gewerbetreibenden bereits angeschrieben und informiert worden sind. Vor jedem konkreten Bauabschnitt werde mit den jeweils betroffenen Personen für Absprachen das Gespräch gesucht.

Das notwendige Material werde im jeweiligen Bauabschnitt gelagert. Weitere Lagerflächen seien nicht erforderlich. Für jeden Bauabschnitt von ca. 100 m Länge werden zwei bis drei Arbeitswochen eingeplant.

Herr Klassen erklärt, dass die Kreuzung Voltmannstraße zurzeit noch nicht betroffen sei.

Herr Weber (CDU) weist daraufhin, dass laut der kommunalen Wärmeplanung ab 2027 der Ausbau zur Fernwärme möglich sei und bittet, dies in der Planungsphase mit einzuplanen. Herr Vahrson erklärt grundsätzlich, dass nach großen Baumaßnahmen fünf Jahre vor weiteren Maßnahmen vergehen müssen.

Herr Bezirksbürgermeister Grün bedankt sich bei Herrn Vahrson und Herrn Klassen für den Besuch und die Ausführungen.

-.-.-